

## 17. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### der Abgeordneten Martin Delius und Alexander Morlang (PIRATEN)

vom 10. September 2013 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. September 2013) und **Antwort**

#### Wie geht es weiter mit Berlins außeruniversitärer Forschung?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1.
  - a) Wie bewertet der Senat die Perspektiven für eine Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation nach 2015?
  - b) Wann rechnet der Senat hierfür mit der Aufnahme von Verhandlungen?

Zu 1.a) und b): Aussagen über die Perspektiven für eine Fortsetzung des Paktes für Forschung und Innovation nach 2015 wären verfrüht. Entsprechend den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zu den Perspektiven des Deutschen Wissenschaftssystems vom 12. Juli 2013 (WR Drs 3228/13) ist davon auszugehen, dass Entscheidungen darüber im Gesamtzusammenhang auch mit den hochschulbezogenen Pakten getroffen werden. Die entsprechenden Beratungen und Verhandlungen dürften 2014 beginnen.

2. Welche Maßnahmen erachtet der Senat zur weiteren Stärkung der außeruniversitären Forschung als wichtig und mit welchen Zielsetzungen werden Verhandlungen aufgenommen?

Zu 2.: Ausgehend von den bisherigen Erfolgen des Paktes für Forschung und Innovation sind zentrale Element entsprechende Finanzierungsvereinbarungen zur Sicherung und Steigerung der Forschungsleistungen; sie bilden die Grundlage für die Intensivierung der Zusammenarbeit entlang der wissenschaftlichen Wertschöpfungskette von Grundlagenforschung über die Vorlauforschung zur Überführung der Ergebnisse der Grundlagenforschung in realitätsnahe Szenarien bis hin zur angewandten Forschung, die aus Ideen Produkte und schließlich Arbeitsplätze werden lässt. Dies erfordert stabile Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit schaffen.

3.
  - a) Hält der Senat die Fortsetzung der derzeit vereinbarten Etatsteigerung von 5 % des Haushalts pro Forschungseinrichtung weiterhin für angemessen auch über 2015 hinaus?
  - b) Wenn nein, welche Anpassung der jährlichen Steigerung wird als sinnvoll erachtet?
  - c) Hat der Senat den jeweils notwendigen Landesanteil für Einrichtungen in Berlin bereits in seiner Finanzplanung bis 2017 abgeschätzt?

Zu 3. a) und b): Aussagen zur Angemessenheit von Etatsteigerungen wären zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht.

Zu 3. c): In der Finanzplanung bis 2017 konnte mangels Veranschlagungsreife keine Haushaltsvorsorge getroffen werden.

4. Wie bewertet der Senat die Möglichkeit der Schaffung von Anreizen im Rahmen einer Neuverhandlung des Paktes für Forschung und Innovation hinsichtlich

- a) der Schaffung von Anreizen für die schnellere Erreichung eines höheren Frauenanteils in den Einrichtungen
- b) Schaffung von Anreizen für die Erhöhung des Anteils unbefristeter Arbeitsverträge für wissenschaftliches Personal an außeruniversitären Einrichtungen und insbesondere in Kooperationen mit den Berliner Hochschulen und Universitäten?

Zu 4. a) und b): Ebenso wie die Frage nach Etatsteigerungen sind auch Aussagen zu den Inhalten einer künftigen Bund-Länder-Vereinbarung derzeit verfrüht.

5.
  - a) Wie bewertet der Senat die Kritik seitens einiger Forschungseinrichtungen, dass derzeit nur die Helmholtz-Gemeinschaft zu 90% durch den Bundeshaushalt finanziert wird und erwartet der Senat für die Berliner Standorte anderer Forschungseinrichtungen in der Zukunft negative Auswirkungen?

- b) Wie bewertet der Senat das Papier „Helmholtz 2020“, insbesondere im Hinblick auf die avisierte Stärkung der eigenen Projektförderaktivitäten und die hierauf geäußerte Kritik seitens anderer Forschungsgemeinschaften?

6. Haben Sie noch etwas hinzuzufügen?

Zu 5. a), b) und 6): Eine Kritik von Forschungseinrichtungen, dass derzeit nur die Einrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft zu 90 % durch den Bundeshaushalt finanziert werden, ist dem Senat nicht bekannt. Ebenso wie in der Gegenwart erwartet er auch für die Zukunft keine negativen Auswirkungen für die Berliner Standorte anderer Forschungseinrichtungen. Der Senat teilt die Aussagen des Wissenschaftsrates in seinen Empfehlungen vom 12. Juli 2013, dass sich die Helmholtz-Gemeinschaft auch weiterhin auf eigene Forschungsaktivitäten konzentrieren sollte.

Berlin, den 7. Oktober 2013

In Vertretung

Guido B e e r m a n n

.....  
Senatsverwaltung für Wirtschaft,  
Technologie und Forschung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 11. Okt. 2013)